

Dr. Erwin Pröll
Landeshauptmann

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 13.02.2012

zu Ltg. - **1131/A-4/271-2012**

-Ausschuss

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Ing. Hans Penz

St. Pölten, am 13. März 2012

LH-L-64/417-2012

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage des Abgeordneten Thumpser betreffend externe Beraterleistungen,
Ltg.-1131/A-4/271-2012, teile ich Folgendes mit:

Der Landesrechnungshof als Organ des Landtags hat in seinem Bericht 11/2011,
LRH-1000-E2/2-2011 „Externe Beratungsleistungen“ eine umfangreiche Darstellung zu
diesem Thema vorgenommen.

Wie der Landesrechnungshof jedoch in diesem Bericht selbst anmerkt, fehlt dazu ein
einheitliches Begriffsverständnis, das – wie auch in der Stellungnahme der
Landesregierung dargelegt - seine Ursache im Fehlen einer eindeutigen
Begriffsdefinition im einleitenden Fragebogen des Landesrechnungshofs hat.

Der Landesrechnungshof hat unter „Beratungsleistungen“ beispielsweise auch
schlichte Dienstleistungen sowie gesetzlich vorgesehene Vertretungsleistungen
verstanden. Diese Begriffsvermischung findet sich auch in den „Richtlinien für die
Erstellung der Teilvoranschlagsentwürfe“ gemäß der vom Bundesminister für Finanzen
im Einvernehmen mit dem Rechnungshof erlassenen Verordnung, mit der Form
und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der
Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden (Voranschlags- und
Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997).

Das dort enthaltene Ansatzverzeichnis sieht nur einen Ansatz sowohl für Rechtskosten als auch für Beratungskosten vor.

Die damit zwangsweise entstehenden unterschiedlichen Begriffsauffassungen haben ebenso zu Differenzen in den Voranschlägen beigetragen wie die Tatsache, dass die benötigten Beratungsleistungen, besonders aber die vom Landesrechnungshof unter diesen Begriff ebenfalls subsumierten Dienstleistungen sowie die gesetzlich notwendigen Vertretungsleistungen in vielen Fällen nicht vorhersehbar und damit auch nicht planbar sind.

Es wird daher zunächst seitens der Abteilung Finanzen versucht werden, mit den anderen Ländern ein einheitliches Begriffsverständnis zu erzielen, um eine Beantwortung zu ermöglichen.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe, an der Experten der Landesverwaltung teilnehmen, hat stattgefunden und es wurden bereits erste Erhebungen in Auftrag gegeben.

Solange die verschiedenen Aspekte und Anregungen des Landesrechnungshofs hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit nicht eingehend geprüft sind und solange ein Ergebnis der Abklärung bei den anderen Ländern nicht vorliegt, können weder Vorschläge für eine praktikable Richtlinie für die Landesverwaltung vorgelegt, noch die vorliegende Anfrage seriös beantwortet werden.

Mit besten Grüßen

Dr. Pröll eh.